

DGB-Hauptkundgebung 1. Mai 2010 in Essen

Rede

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Wir gehen vor!  
Gute Arbeit. Gerechte Löhne.  
Starker Sozialstaat**

BITTE BEACHTEN SIE:

SENDESPERRFRIST: 1. Mai 2010, 11:20 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist kein Feiertag. In diesem Jahr schon gar nicht. Denn in vielen hundert Städten und Gemeinden Deutschlands, auf tausenden von 1.-Mai-Kundgebungen in Europa, ja, in der ganzen Welt beherrscht ein Thema alle Kundgebungen: Die Krise.

Denn wir leben nicht im Jahr eins nach der Krise, sondern im Jahr drei der Krise.

Noch immer sind Hunderttausende von Arbeitsplätzen bedroht, noch immer hat sich unsere Wirtschaft nicht von den Schäden erholt, die ihr durch das Treiben von gewissenlosen Spekulanten zugefügt worden sind. Noch immer bestimmen Kurzarbeit und die Angst vor einer Kreditklemme das Leben in vielen Betrieben. Vor allem in der Industrie.

Trotz alledem haben die Protagonisten von Gier und Geiz offensichtlich nichts dazu gelernt. Ohne jede Scham gehen Leerverkäufe an den Aktienmärkten weiter, ohne jede Scham wollen sich Manager unanständig hohe Bonuszahlungen zuschieben.

Sie meinen, nach dreißig Jahren Trommelfeuer hätten wir vor dem Neoliberalismus kapituliert. Sicher, es gibt manche, die ihren Sprüchen auf den Leim gegangen sind - in Wirtschaft und Politik.

Wir aber werden niemals schlucken, dass die Interessen des Kapitals vor denen der arbeitenden Menschen gehen. Denn wir sind es, die allen Reichtum erarbeiten.

Deshalb sagen wir: Arbeit geht vor. Und nicht Spekulantentum. Nicht Verantwortungslosigkeit. Und erst Recht nicht Gier und Geiz. Es bleibt dabei: Arbeit geht vor!

Kolleginnen und Kollegen,

ohne jede Scham geht auch das Wetten auf den Finanzmärkten weiter. Gewettet wird darum, ob am Freitagmittag um zwölf in Essen die Sonne scheint, ob ein Betrieb pleite macht, ob ganze Staaten ihre Kredite nicht mehr bedienen können, ob Millionen die Arbeitslosigkeit droht.

So verantwortungslos, ja, letztlich kriminell ist das, was Investmentbanker, Hedgefonds, Private Equity Manager und andere Heuschrecken so aushecken. Da gehen Millionen, gar Milliarden über den Tisch, ohne dass dafür etwas produziert, etwas Sinnvolles für die Gesellschaft gemacht wird.

Kolleginnen und Kollegen,

machen wir uns nichts vor, diese Krise ist noch lange nicht vorbei. Und die nächste guckt schon um die Ecke. Und die werden wir nicht mehr mit Bankenrettungspaketen, Konjunkturprogrammen, Abwrackprämien und arbeitsmarktpolitischen Mitteln in den Griff bekommen.

Da hilft nur eins: Die nächste Krise darf nicht kommen. Sie muss mit allen Mitteln verhindert werden. Der Primat der Politik über die Wirtschaft, der Primat von Demokratie muss wieder greifen, und zwar überall, auf der ganzen Welt, hier bei uns in Deutschland, in Europa und überall.

Und dazu gehören Verbote von schamlosen Geschäften, dazu gehört eine harte Regulierung des Finanzsektors, dazu gehören vernünftige Eigenkapitalregelungen bei der Vergabe von Krediten, dazu gehört ein Ende von Kettenverbriefungen und und und...

Wir müssen vorbeugen und den Schamlosen in den Arm fallen. Und wir müssen sie zur Kasse bitten. Sie müssen für den von ihnen angerichteten Schaden mindestens auch aufkommen und sie dürfen sich nicht einfach aus dem Staub machen.

Und ich rede nicht von einer Bankenabgabe, die so lächerlich gering ist, dass sie nicht einmal den Bankrott einer Dorfsparkasse auffangen könnte, geschweige denn ein Platzen der nächsten Spekulationsblase. Immerhin geht es hier um hunderte von Milliarden. Das müssen die zahlen und nicht wir!

Das System des Brutalkapitalismus ist dekadent und marode. Freier Markt ohne soziale Verantwortung, ohne Aufsicht und Eingriff, ohne Kontrolle und Regulierung führt in die Katastrophe. Deswegen fordern die Gewerkschaften heute, am Tag der Arbeit, überall auf der Welt mehr Mitbestimmung. Denn gerade in den vergangenen zwei Jahren hat das deutsche Mitbestimmungssystem bewiesen, dass es hilfreich ist bei der Bewältigung der Krise, dass es allen nutzt, den Arbeitnehmern und den Betrieben.

Kolleginnen und Kollegen,  
wir fordern an diesem 1.Mai auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Sie hätte den Vorteil, dass die Verantwortlichen zahlen müssten. Gleichzeitig wäre sie ein wirksames Mittel, Spekulationen einzudämmen. Und sage mir niemand, das gehe erst dann, wenn sie auf der ganzen Welt eingeführt wird. Deutschland ist eine so große Volkswirtschaft, dass sie Einfluss hat auf die ganze Welt. Heute nehmen wir Einfluss dadurch, dass wir nichts tun.

Mit den Sprüchen zur sozialen Marktwirtschaft ist es nicht getan. Die Politik ist es den Opfern der Krise, den Millionen arbeitender Menschen und auch unseren Betrieben schuldig, dass endlich gehandelt wird!

Kolleginnen und Kollegen,

das haben wir am 1. Mai 2009 gefordert, das haben wir seit Beginn der Krise gesagt - doch passiert ist so gut wie nichts. Die Lehmschicht aus Bankenlobby und willfährigen Politikern zeigt sich nach wie vor resistent. Das ist verantwortungslos. Das ist durch nichts zu entschuldigen.

Und weil wir uns eine neue Krise nicht leisten können, weil wir eine zweite Krise dieser Art nicht beherrschen könnten, weil sie letztendlich Frieden und Demokratie bedrohen würde, dürfen wir nicht schweigen.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass endlich schönen Worten konkrete Taten folgen.

Auch eine Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen kann keine Entschuldigung dafür sein, dass die Schockstarre der Regierenden gegenüber den Schamlosen anhält.

Kolleginnen und Kollegen,

Natürlich bedarf es auch noch weiterer konkreter Maßnahmen, um Arbeit zu sichern und Arbeitsplätze zu retten. Denn neben der Frage, wer die Zeche zahlt und neben der Notwendigkeit, gegen die Ursachen der Krise vorzugehen, müssen wir natürlich alles tun, um die arbeitenden Menschen in der Krise zu schützen.

Deswegen erwarten wir von der Bundesregierung, dass das gesamte Programm zur Kurzarbeit bis weit in das Jahr 2012 hinein fortgeführt und weiterentwickelt wird.

Deswegen fordern wir weitere Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und ein Zukunftsinvestitionsprogramm, um den Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland aus der Krise heraus zukunftsfest zu machen.

Wir fordern energische Maßnahmen, um Schulabgängern Chancen auf Ausbildung und Übernahme zu geben. Wir wollen eine Beschäftigungsbrücke zwischen jung und alt und dazu gehört auch eine vernünftige Altersteilzeitregelung. Und dass man vieles davon schaffen kann, haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen. Denn anders als in vielen Industrieländern dieser Erde konnten wir dramatische Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt verhindern.

Dies war nur möglich, weil die Politik über ihren Schatten gesprungen ist, weil viele Arbeitgeber sich vom Credo des Shareholder-Value-Kapitalismus abgewandt und nicht zum Mittel der Entlassung gegriffen haben und weil wir uns mit unseren Vorschlägen durchsetzen konnten - in den Betrieben, den Unternehmen, gegenüber der Politik.

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden allerdings nur dann das rettende Ufer erreichen, wenn die Unternehmen ihre Politik der beschäftigungspolitischen Vernunft fortsetzen und darauf vertrauen, dass sie nur mit ihren

Arbeitnehmerinnen zusammen die Krise bewältigen können. Und das geht auch nur dann, wenn der Staat weiter handlungsfähig bleibt.

Das heißt konkret, wir brauchen Geld  
für öffentliche Investitionen,  
für weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen,  
für die Fortsetzung der Kurzarbeit,  
für die finanzielle Stabilisierung unserer Sozialsysteme, die ein wesentlicher Faktor der bisherigen Anti-Krisenpolitik waren.

Das heißt ganz konkret: Man darf den alten und neuen Liberalen nicht nachgeben!  
Man darf ihrem dummen Geschwätz von Steuersenkungen für Reiche und Bestverdiener nicht auf den Leim gehen, egal, wie sie das verpacken. Denn zum ersten sind die liberalen Steuerpläne schon in ihrer Konstruktion zutiefst ungerecht. Und zum zweiten sind sie schlicht und ergreifend ein Verrat an der Idee des Sozialstaates. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Von der Beseitigung der Schlaglöcher bis zur Finanzierung der Universitäten, vom funktionierenden öffentlichen Dienst bis zu Subventionen an die Unternehmen kommt alles aus dem Steuertopf.

Deshalb werden wir nicht müde zu sagen: Wer hat, der muss auch mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Ihm bleibt dann immer noch wesentlich als den Millionen, die nichts oder nur sehr wenig haben. Wer sich von der Steuerzahlung befreien will, will sich aus der Idee der Solidarität entlassen.

Wir sagen: Es ist nicht unanständig, Steuern zahlen zu müssen.

Sondern es ist unanständig, sich aus dieser Pflicht heraus zu mogeln. Es ist nicht unanständig, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Es ist unanständig, dass er so niedrig ist. Es ist nicht unanständig, Erbschaften zu besteuern. Es ist schändlich, auf sie zu verzichten und es damit noch schwerer zu machen, die Bildung unserer Kinder zu finanzieren.

Kolleginnen und Kollegen,  
ich erinnere mich an einen früheren Investmentbanker, der im vergangenen Jahr auf dem Kapitalismus-Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach. Knallhart analysierte er, worum es den sprichwörtlichen „Heuschrecken“ geht: Sie verpacken ihr Tun in eine möglichst komplizierte Sprache, sie wollen betrügen und Maximalprofite aus heißer Luft herausschlagen.

Vor allen Dingen aber wollen sie keine Steuern zahlen. Sie wollen selbst keine Steuern zahlen, sie wollen, dass ihre Kunden keine Steuern zahlen und sie tun alles, damit auch ihre Bank keine Steuern zahlt. Wir aber wollen das Gegenteil.

Wir wollen einen starken Sozialstaat.

Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient.

Wir wollen ein Land, in dem Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit gut abgesichert sind.

Wir wollen ein Land, in dem es gerecht zugeht und in dem Arbeit gewürdigt wird.

Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit schafft Würde und Arbeit braucht Würde.

Und deswegen demonstrieren wir heute auch für gute Arbeit.

Für Arbeit, von der man leben kann,

für Arbeit, die nicht sinnentleert ist,

für Arbeit, die nicht krank macht,

für Arbeit, in der wir mitbestimmen können.

Doch die reale Arbeitswelt in Deutschland sieht leider vielfach anders aus. Von der Telekom bis zu Lidl, von der Bahn bis zu Schlecker ist Bespitzelung und Denunziation an der Tagesordnung. Überall erleben wir, wie Arbeitnehmerschutzrechte ausgehöhlt werden und Unrecht Platz greift. Unter fadenscheinigen Begründungen werden ältere Kolleginnen aus den Betrieben gedrängt, und unsere Arbeitsgerichte geben dazu noch ihren Segen.

Welch ein Skandal!

Wir erleben, wie prekäre Arbeit immer mehr um sich greift.

Jobs, die den Menschen ihre Sicherheit nehmen.

Jobs, die mies bezahlt werden.

Jobs, von denen man nicht vernünftig leben kann und die geradewegs in die Altersarmut führen.

Jobs, deren pure Existenz auch anständige Arbeit bedroht.

Jobs, die vom Staat mit Hartz IV subventioniert werden.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist und bleibt unannehmbar, dass es in einer der reichsten Volkswirtschaften der Erde für Millionen von Menschen solche Arbeit gibt. Es ist eben nicht sozial, was Arbeit schafft. Sozial ist nur, was gute Arbeit schafft.

Wir werden uns niemals damit abfinden, dass hunderttausendfach Arbeitgeber ihre Beschäftigten zu den Jobcentern schicken, damit sie sich dort das Hartz IV abholen, um ihre Hungerlöhne aufzubessern.

Wir werden uns niemals damit abfinden, dass der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit Tag für Tag, Stadt für Stadt, mit Füßen getreten wird.

Wir werden uns nicht damit abfinden,  
dass Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden als Männer,  
dass sie geringere Berufschancen haben,  
dass sie als Reservearmee für den Arbeitsmarkt missbraucht werden,  
dass ihnen ein Stück Menschenwürde verweigert wird.

Und genauso wenig können und wollen wir akzeptieren,  
dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden,  
dass sie immer die ersten Krisenopfer sind, die nicht nur um soziale Sicherheit, sondern auch um ihren gerechten Lohn betrogen werden.

Es ist höchste Zeit, dass endlich wieder der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und zwar vom ersten Tag an in unseren Betrieben gilt, für Zeitarbeit und Stammbeschäftigte.  
Es ist höchste Zeit, dass der Niedriglohnsektor ausgetrocknet und letztlich abgeschafft wird. Er gehört zu den schlimmsten Folgen der Agenda-Zeit.

Das beste Mittel, Niedriglöhne abzuschaffen, ist und bleibt der Mindestlohn, der gesetzliche Mindestlohn. Und da sind 8,50 Euro wahrhaftig nicht zu viel.

So gut es ist, dass es auch unter der neuen Regierung neue branchenbezogene Mindestlöhne gibt, so gut und richtig es ist, dass wir die Tarifautonomie und das Streikrecht mit allen Mitteln nutzen und verteidigen, so notwendig ist es, mit einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn eine absolut unterste Lohngrenze zu ziehen. Sie ist notwendig geworden, weil Armutslöhne und prekäre Arbeit mittlerweile das Leben von Millionen bestimmen. Auch das Leben von Millionen von Kindern, die in Armut aufwachsen und wenige Chancen haben, ihrem Elend zu entfliehen. Armutslöhne bedrohen überdies viele, die heute noch gut bezahlt werden und zu vernünftigen Bedingungen arbeiten.

Im Übrigen: Nicht Hartz IV ist zu hoch, die Löhne sind vielfach zu niedrig.

Merke: Auch im alten Rom waren nicht die Sklaven dekadent, sondern die Sklavenhalter.

Der 1. Mai 2011, der Tag der vollständigen Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union zwingt auch diese Regierung dazu, Arbeit in Deutschland den notwendigen Schutz gesetzlich zu garantieren. Und wenn sie nicht freiwillig handelt, dann müssen wir eben unseren Druck erhöhen.

Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist ein arbeitsfreier Tag. Aber er ist für uns kein Feiertag.

Er ist der Tag, an dem wir deutlich machen: Arbeit geht vor. Die Interessen der arbeitenden Menschen müssen vorgehen.

Das gilt auch für die Gesundheitspolitik, wo wir uns der Kopfpauschale in den Weg stellen werden und das klug, aber auch mit aller Entschlossenheit.

Wer das Kapital aus der Mitverantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten entlassen will, wer einen Sozialausgleich verspricht, den er weder einhalten kann noch wirklich einhalten will, wer die Ungerechtigkeiten im Steuersystem noch mit einem ungerechten Gesundheitssystem toppen will, der darf nicht durchkommen. Wer so etwas will, der legt sich mit uns an und der sollte wissen: Wir nehmen die Herausforderung an.

Und sehr prinzipiell hinzugefügt: Die Gewerkschaften und ihr DGB stehen für gute Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir sind die Schutzmacht des Sozialstaates und wer immer, wo immer, wie immer Hand an ihn legen will, der muss mit unserem Widerstand rechnen.

Ich warne eindringlich: Wer den Klassenkampf von oben betreibt, der wird Sturm ernten.

Mit unserem Widerstand müssen alle Demagogen rechnen. Ob sie den Solidargedanken mit Füßen treten, gegen Minderheiten hetzen oder alte Nazi-Parolen aufwärmen:

Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität. Hier gibt es keinen Fußbreit Platz für ewig Gestrige, und schon gar nicht für alte und neue Nazis.

Ich wünsche Euch und uns einen guten 1.Mai.

Mut und Entschlossenheit.